

Einleitung

Der historische Raum, mit dem sich dieses Buch beschäftigt, ist das der Habsburgermonarchie zugehörige Kronland Galizien. Gebildet 1772 nach der ersten Teilung Polens, territorial vervollständigt 1846 mit der Angliederung der zwischen 1815 und 1846 als Freistaat existierenden Stadt Krakau¹⁾, trug es in seiner dynastischen Vollversion den Namen „Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau und den Herzogtümern Auschwitz und Zator“. Nach der Schaffung des österreichisch-ungarischen Doppelstaats im Jahre 1867 gehörte Galizien politisch dessen „westlicher“, „cisleithanischer“, „österreichischer“ Hälfte an. Alle diese drei der inoffiziellen politischen Sprache zugehörigen Bezeichnungen waren im Grunde sachlich falsch, denn sie stimmten weder mit der geographischen Lage der Provinz überein noch mit den bemühten geschichtlichen Rückbezügen: Galizien lag nicht „westlich“ oder (von Wien aus gesehen) diesseits der Leitha, sondern, grob gesprochen, zwischen Weichsel, Zbrucz und Karpaten, wo es als riesiger Klumpen nur durch die schmale schlesische Brücke mit dem Rest Cisleithaniens verbunden war. Seine Hauptstadt Lemberg befand sich in etwa gleicher Entfernung von der durch die Leitha beschriebenen Linie wie in der anderen Richtung Stuttgart. „Österreichisch“ war Galizien insofern nicht, als es gerade eine kurzzeitige ungarische Herrschaft über die vereinigten Rus'-Fürstentümer Halyč und Volodymyr (Galizien-Wolhynien) im 13. Jahrhundert war, die den historischen Anspruch auf das Gebiet begründete und namengebend geworden war. Allerdings hatte man es mit der Geschichte ohnehin nicht so genau genommen, umfasste doch das „Königreich Galizien und Lodomerien“ einerseits weit mehr als das historische Halyč (nämlich das ehemalige Klempolen) und lag es doch andererseits gänzlich außerhalb des ehemaligen Fürstentums Volodymyr. Aber letztlich passten diese sprachlichen Kapriolen und historischen Ungereimtheiten doch wieder ganz gut in die von Robert Musil literarisch beschriebene Kulturlandschaft „Kakaniens“.²⁾

Jene eigenartige sprachliche Sonderrolle Galiziens, die immerhin das größte (ca. 80000 km²) und bevölkerungsreichste (1900: ca. 7,3 Millionen Einwohner = fast 28 %) Kronland Cisleithaniens betraf, war nun allerdings keineswegs zufällig. Als „Spätkömmling“ im Habsburgerreich war Galizien nicht wie etwa Böhmen seit Jahrhunderten in die österreichische Geschichte verwoben, sondern hatte bis an die Schwelle des 19. Jahr-

¹⁾ Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der Platzökonomie werden hier im Text ausschließlich die in den österreichischen Amtspublikationen vorrangig verwendeten Ortsnamensvarianten berücksichtigt. Konkret heißt dies zumeist deutsche Bezeichnungen vor polnischen (Krakau, Lemberg, Stanislaw etc.) und polnische vor ukrainischen (Złoczów, Tarnopol etc.). Die alternativen Ortsbezeichnungen werden im Register angeführt.

²⁾ Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*, Hamburg 1987 (Taschenbuchausgabe), S. 31–35. Zum historisch-territorialen Wandel Galiziens über die Jahrhunderte siehe: Anna Veronika Wendland, *Galizien: Westen des Ostens, Osten des Westens*, in: *Österreichische Osthefte, Sonderband Ukraine*, Wien 2000, S. 389–421.

hundreds in der polnischen Adelsrepublik seine eigene bedeutende Staatsgeschichte gehabt, wenn auch nicht als eigenständige administrative Einheit. Schwerer als ein etwaiges legitimatorisches Defizit wogen allerdings sozialhistorische Sachverhalte. Von dem lange Zeit im Selbstverständnis deutsch geprägten Zentrum des Habsburgerreiches aus gesehen gab es kaum historische, kulturelle oder ethnische Verbindungen zu den lokalen Eliten, deren Blick von der Emigration her politisch auf den geteilten Staat hin gerichtet war. Galizien war unter diesen Umständen einer nur sehr weitmaschigen sozialen Vernetzung mit dem Reichszentrum bis zum zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nur bürokratisch zu kontrollieren, kaum aber auf breiterer sozial-kultureller Basis in den Staatsverband zu integrieren.

Umso schmerzloser gelang es dann nach 1867, als Gegenleistung für eine Stützung des neu geschaffenen dualistischen Systems, das Kronland den polnischen Eliten als Exerzierfeld nationalkultureller Selbstverwaltung zu überlassen. Einerseits kam der Rückzug der Zentralverwaltung einer erneuten Peripherisierung gleich, andererseits fand mit der sukzessiven Konsolidierung konservativ-austroloyaler Herrschaft in Galizien eine folgenreiche Integration polnischer Eliten in die österreichische politische Szene statt, die auch durch neue legitimatorische Ideen gestützt wurde. Dazu gehörten etwa der verwandtschaftlich begründete dynastische Anspruch der Habsburger auf den polnischen Thron oder die Konstruktion eines alle Teile überragenden katholischen Dachs. Dass diese Verbindungen letztlich nur Postulate gesellschaftlicher Führungsgruppen auf der Basis gegenseitiger Interessenwahrnehmung waren, zeigte sich, als die modernen politischen Massenbewegungen seit den 1890er-Jahren zunehmend die Hegemonie der konservativen Eliten in Frage stellten. Zwar gab es unter den modernen sozialen Bewegungen, insbesondere bei der Sozialdemokratie, zunächst starke Tendenzen, neue transnationale Netze auf der Ebene politischer Organisationen aufzubauen und damit in einem neu definierten Internationalismus auch die periphere Stellung Galiziens zu relativieren. Letztlich aber setzte sich die homogenisierende Kraft des modernen integralen Nationalismus durch und trug zu einer erneuten Verstärkung zentrifugaler und damit aus der Perspektive des österreichischen Staates peripherisierender Kräfte bei. Nun erst bekam die Parole von Galizien als polnischem bzw. ukrainischem Piemont ein ernstzunehmendes realhistorisches Potenzial.

Die periphere Stellung Galiziens war freilich nicht nur historisch, politisch oder ethnisch-sozial begründet, sondern vor allem auch sozialökonomisch und kulturell. Größte Wirksamkeit entfaltete der Topos von der „galizischen Rückständigkeit“. Es ist nicht auszuschließen, dass bei dessen Verfestigung in den west-österreichischen Ländern auch ein kollektivpsychologischer Prozess der Verdrängung der eigenen peripheren Lage im Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern wirksam war. Andererseits wurde das Bild der sozioökonomischen Randlage auch von galizischer Seite – mit klaren politischen Absichten – produziert, so etwa in einer äußerst wirkungsstarken Broschüre aus dem Jahre 1888 mit dem bald zum internen Schlagwort avancierenden Titel „Elend Galiziens“.³⁾ Allerdings sprachen nicht zuletzt die objektiv verfügbaren Daten in der Tat für eine relative Rückständigkeit im Verband der Länder Cisleithaniens. Das Pro-Kopf-Einkommen Galiziens betrug im Jahre 1900 etwa 55 % des cisleithanischen Durchschnitts, die Beschäftigungs-

³⁾ Stanisław Szczepanowski, *Nędza Galicji w cyfrach i program energicznego rozwoju gospodarstwa krajowego* [Das Elend Galiziens in Ziffern und ein Programm zur energischen Entwicklung der Wirtschaft des Landes], Lwów 1888.

struktur zeigte ein starkes Übergewicht der Landwirtschaft (80 %) gegenüber Handel, Industrie und Gewerbe bei einer extremen Ungleichheit des Landbesitzes zugunsten des Großgüter (37 % der Bodenfläche) und einer Konzentration der Gewerbetwirtschaft auf Kleinbetriebe mit geringer Kapitalausstattung. Die Analphabetenrate betrug um die Jahrhundertwende noch über 50 % (Cisleithanien: 21 %), und die Anzahl der Presseorgane oder Vereine pro Kopf lag weit unter dem österreichischen Durchschnitt. Jenseits von solchen messbaren Größen gab es weitere Schlagwörter, die zur mentalen Peripherisierung beitrugen. Der Terminus der „Galizischen Wahlen“, der in Österreich noch bis in die 1930er-Jahre gebräuchlich war und der uns hier noch ausführlich beschäftigen wird, bezeichnete eine spezifische politische Kultur unzivilisierter Gewaltpolitik. Die wirkungsvolle Verbreitung dieses Schlagworts in der westlichen Öffentlichkeit trug entscheidend dazu bei, dass das aus dem Vormärz herrührende positive Bild des polnischen Freiheitskämpfers gänzlich verdrängt wurde. Wirksam war schließlich auch das insbesondere durch Karikatur-Zeitschriften replizierte Bild der fremdartigen galizischen Bevölkerung, das vom vergleichsweise „harmlosen“, urwüchsig-pittoresken galizischen Bauern bis zum finsterrurigen galizischen Kaftanjuden reichte.⁴⁾

In einem sehr zentralen Aspekt stellte Galizien freilich den österreichischen Normalfall dar: hinsichtlich seiner multiethnischen Struktur und, daraus hervorgehend, der für die politische Sphäre vorrangigen Bedeutung eines internen Nationalitätenkonfliktes. Die Rahmenbedingungen, unter denen sich dieser Konflikt abspielte, sind bekannt: Über das gesamte Kronland gesehen eine nach religiös-konfessionellen Kriterien in etwa gleich starke Vertretung von römisch-katholischer (ca. 45 %) und griechisch-katholischer (ca. 42 %) Bevölkerung mit einer starken jüdischen Minderheit (ca. 11 %), nach sprachlichen Kriterien ein Übergewicht des Polnischen (ca. 55 %) gegenüber dem Ukrainischen (ca. 42 %), dies vor allem bedingt durch die sprachliche Polonisierung der jüdischen Eliten. Daraus den „richtigen“ nationalen Verteilungsschlüssel zu konstruieren war vor allem abhängig vom eigenen nationalen Standpunkt und dem daraus abgeleiteten politischen Ziel. Abgesehen von den stets präsenten Tendenzen der Instrumentalisierung demographischer Daten, die in erster Linie bei der Verteilung politischer Mandate (etwa im Zuge der Wahlreformdiskussion) Bedeutung erlangten, war es weniger die großräumige nationale Verteilung als vielmehr die heterogene innere Struktur des Kronlands, welche belastend auf das territoriale und soziale Gesamtgefüge wirkte: in geographischer Hinsicht der Kontrast zwischen einem fast ausschließlich polnisch(-jüdisch)en Westgalizien und einem von rutheni-

⁴⁾ Eine Darstellung des kulturellen Fremdbilds Galiziens ist bisher weitgehend ein Desiderat der Forschung. Angaben zur Statistik/Demographie finden sich u. a. bei: Rudolf Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung (=Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 13), Marburg 1994; Krzysztof Zamorski, Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji: Ludność Galicji w latach 1857–1910 [Statistischer Informator zur sozial-ökonomischen Geschichte Galiziens: Die Bevölkerung Galiziens in den Jahren 1857–1910], Kraków 1989; Die Habsburgermonarchie 1848–1918, hrg. v. Adam Wandruszka/Helmut Rumpler u. Peter Urbanitsch, bisher 7 Bde., Wien 1973–2000. Das Heranziehen der diversen zeitgenössischen statistische Veröffentlichungen (Statistische Zentralkommission bzw. Landesstatistisches Amt) erweist sich darüber hinaus meist als unerlässlich.

scher⁵⁾ (ukrainischer) Mehrheitsbevölkerung dominierten Ostgalizien (mit Ausnahme der Städte), in sozialer Hinsicht eine ausgeprägte sozioökonomische Differenzierung entlang der ethnisch-nationalen Linien zwischen einer ganz überwiegend bäuerlichen ruthenischen Gesellschaft mit einer von Klerus und Intelligenz geprägten Elite, einer auf Handel und Kleingewerbe konzentrierten jüdischen Gesellschaft und, dazwischen liegend, einer in städtischen und ländlichen Elitepositionen stark vertretenen polnischen Gesellschaft.

Dass es darüber hinaus in der Masse der Bevölkerung eine alle ethnisch-nationalen Gruppen umfassende große Armutssituation gab, die – insbesondere was die jüdische Bevölkerung betrifft – durch Modernisierungsprozesse noch verschlimmert wurde, änderte nichts an der Tatsache, dass sich die beschriebene, durch politisch gewollte Stereotypenbildung noch potenzierte soziale Rollenverteilung wesentlich verschärfend auf den nationalen Konflikt auswirkte. Sie wurde imaginiert als stets präsent Spannungsfeld zwischen polnischem Grundherrn und ruthenischem Bauern, zwischen jüdischem Schankwirt/Gutspächter/Kleinkreditgeber und Bauern, zwischen jüdischem Industriellen und polnischem/ruthenischem Arbeiter. Ebenso wie die Nationalitäten vorgestellte Gemeinschaften darstellten, so war auch der Nationalitätenkonflikt ein von der Intelligenz und der politischen Elite stets neu entworfenes, das eigene Handeln legitimierendes Grundmuster, das die gesellschaftliche Realität nicht im selben Maße beherrschte. Foren, in denen dieser Konflikt intellektuell jeweils reproduziert wurde, waren in erster Linie die Druckmedien, die parlamentarischen Organe und in zunehmendem Maße auch Veranstaltungen einer modernen mobilisierten Öffentlichkeit. Durch das Privilegienwahlrecht, welches den höheren sozia-

⁵⁾ In dieser Arbeit wird dem Begriff „Ruthene“/„ruthenisch“ der Vorzug gegenüber „Ukrainer“/„ukrainisch“ gegeben, soweit sich der Kontext auf Österreich bis 1918 beschränkt. Was für die damals amtübliche Bezeichnung jener im Osten des Kronlands Galizien dominierenden Volksgruppe spricht, ist ihre Unbestimmtheit: „Ruthene“, eine latinisierte Abwandlung der Sprachwurzel *Rusʹ*, ist ohne Bedenken auf beide nationalkulturelle Hauptströmungen, Ukrainophile und Russophile, zu beziehen. Demgegenüber kommt es m. E. einem begrifflichen Gewaltakt an der Geschichte gleich, Russophile als „Ukrainer“ zu benennen, wo doch jene dem ukrainischen Nationalkonzept wie auch dem Begriff selbst mit aller Entschiedenheit entgegentraten. Damit setze ich mich in Widerspruch ausgerechnet zu Veronika Wendland, die in ihrem Standardwerk zu den galizischen Russophilen konsequent den Terminus „Ukrainer“ verwendet. Sie rechtfertigt dies mit der Tatsache, dass dies „das heute in Ostgalizien benutzte und akzeptierte Ethnonym“ sei. Dieses Argument mag für die Autorin deshalb besonders gewichtig sein, weil ihr zumindest wissenschaftlich durchaus erfolgreiches Bemühen, den Russophilen „die Rückkehr in die ukrainische Geschichte“ zu ebnen, mit einer entsprechenden Kollektivbezeichnung überzeugender zu bewerkstelligen ist. Zu widersprechen ist hingegen der Behauptung, dass dem Begriff „Ruthene“ die Konnotation des „österreichischen Kanzeleideutschs“ anhafte und dass er in der wissenschaftlichen Literatur nur noch ausnahmsweise verwendet werde. Vielmehr diente er (bzw. sein ukrainisches Pendant *Rusyn*) auch den Ukrainophilen lange Zeit als Selbstbezeichnung im internen Diskurs, und zumindest in der Literatur zur Geschichte der Habsburgermonarchie ist „Ruthene“/„ruthenisch“ nach wie vor vorherrschend. Siehe: Anna Veronika Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915*, Wien 2001, hier S. 578. Dies., *Die Rückkehr der Russophilen in die ukrainische Geschichte: Neue Aspekte der ukrainischen Nationsbildung in Galizien, 1848–1914*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 49/2001, H. 2., S. 178–199.

len Schichten im Allgemeinen und dem Großgrundbesitz im Besonderen eine weit überproportionale politische Vertretung gewährte, wurde der nationale Konflikt allerdings in einer durchaus realen Weise unmittelbar auf die politische Sphäre und den Kampf um die demokratische Transformation übertragen.

Nun verspricht der Titel dieser Studie nicht allein eine Beschäftigung mit Galizien, sondern spezifischer die Thematisierung eines Verhältnisses zwischen diesem und Wien, der alten Reichshauptstadt, Sitz der zentralen politischen Organe und des habsburgischen Herrscherhauses. Natürlich kannte dieses Verhältnis die mannigfaltigsten Facetten politischer, kultureller und wirtschaftlicher Art. Im Zentrum dieser Studie wird Wien als politischer Ort stehen, und zwar repräsentiert durch das Abgeordnetenhaus, also nach dem Herrenhaus die zweite, gewählte Kammer des österreichischen Reichsrats. Die politischen Vertreter Galiziens handelten in diesem Parlament in einem doppelten Kontext. Einerseits traten sie ausgeprägt im Rahmen ihres galizischen Umfelds auf, trugen also die landespolitischen Konfliktlagen in das Zentralparlament hinein, zumal dieses der bevorzugte Ort war, in dem nationale Konflikte auf diskursive Weise ausgetragen wurden. Zum anderen aber agierten sie bzw. die sie konstituierenden Fraktionen auch als Handlungselemente innerhalb eines länderübergreifenden politischen Organs mit seinen eigenen, autonom erarbeiteten Mechanismen und Eigengesetzlichkeiten. In welchem Verhältnis das eine, das Galizische, zum anderen, dem Gesamtösterreichischen, stand, wird eine der übergreifenden Fragestellungen darstellen. Im weiteren muss betont werden, dass das Abgeordnetenhaus zwar politischer Ort war, jedoch nicht nur politische Arbeit im engeren Sinne leistete. Vielmehr reproduzierte es gerade aufgrund seiner Eigenschaft als zentraler diskursiver Ort kulturelle Bilder, nicht zuletzt von „fernen“ Provinzen wie Galizien. Im Austausch mit der medial vertretenen Öffentlichkeit schuf das Parlament ein Gesamtbild des imaginierten Orts Galizien. Auch davon wird ausführlich die Rede sein.

Wir werden uns dieser engsten institutionellen Verschränkung zwischen Galizien und Österreich im Wiener Abgeordnetenhaus allerdings nur schrittweise nähern. Im Abschnitt I geht es zunächst einmal um Parteibildungsprozesse. Parteien, hier im strengen Sinne definiert als außerparlamentarische (freilich auf parlamentarische Beteiligung ausgerichtete) politische Organisationen, waren die Kristallisationskerne der in der Gesellschaft existierenden politischen Ideologien. Eine ausführliche Behandlung der Parteien, inklusive ihrer Spaltungen, Fusionen und Verästelungen, erscheint unerlässlich, um der Komplexität der Prozesse im Parlament gerecht werden zu können. Die Parteien bereiteten gemeinsam mit der Presse letztlich das ideologische Ferment auf, mit dem die Fraktionen operierten, wirkten aber andererseits potenziell zersetzend auf deren Bemühungen, sich im Dienste der Nation zu integrieren und dabei autonomen Handlungsspielraum gegenüber der Öffentlichkeit in Galizien zu gewinnen – ein Spannungsverhältnis, das mehrfach thematisiert werden soll. Es geht in diesem Abschnitt aber auch um Fragen wie die kulturelle Selbstdarstellung von Parteien, um Kommunikation, Sprache und Symbole, um die Frage der rechtlichen Konstituierung der Parteien und den daraus resultierenden Implikationen, schließlich um den internen Organisationsgrad, der nicht zuletzt als Indikator für die Modernität der politischen Gesellschaft im Übergang zur Massendemokratie gelten kann.

Der zweite Abschnitt stellt im Rahmen der gewählten Thematik von Politik und Parlamentarismus die logische Verbindung zwischen „Galizien“ und „Wien“ her. Es geht um Reichsratswahlen, formell ein prozeduraler Akt, der im Kronland selbst stattfand, in seiner

politischen Intention jedoch ausgerichtet war auf den geographisch weit entfernt liegenden Ort, Wien und das Parlament am Ring. Hier war das Verhältnis also gewissermaßen umgekehrt: Wien als politischer Ort lag in Galizien, denn das Parlament spielte als Zukunftsprojektion politischen Handelns einen entscheidenden Teil in den Diskursen und Selektionsprozessen, die während des Wahlkampfs wirksam wurden. Nach einem Kapitel (B) über die Zeit ab der Einführung des Konstitutionalismus gilt das Augenmerk vier Hauptwahlgängen: 1897, 1900/01, 1907 und 1911. Das zuerst genannte Jahr repräsentiert jene erste einschneidende Wahlreform, bei der zunächst nur partiell, im Rahmen einer Wahlkurie, das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wurde. 1911 fanden die letzten Hauptwahlen vor der Auflösung des Habsburgerreiches statt. Dazwischen liegt 1907, jenes Jahr also, in dem erstmals nach allgemeinem und gleichem Männerwahlrecht gewählt wurde. Die Frage nach dem Zäsurcharakter von 1897 und 1907 wird in dieser Arbeit unter verschiedenen Aspekten diskutiert werden. Vor allem geht es aber im Abschnitt II um Organisation, Verlauf und Ausgang von Wahlen in einem Gebiet, das (wie schon erwähnt) begriffsbildend für Wahlmissbrauch und rückständige politische Kultur wurde.

In Abschnitt III ist Galizien dann in Wien angekommen: im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats. In diesem längsten Teil der Studie wird es erneut um die Frage gehen, inwieweit die außerparlamentarisch konstituierte Partei auf die Bildung und interne Organisation der Fraktionen einwirkte, umgekehrt aber auch wie die Fraktionspolitik auf die Parteien zurückwirkte. Gerade die strikte konzeptionelle Trennung zwischen Parteien und Fraktionen (also zwischen Abschnitt I und III) eröffnet die Möglichkeit, Differenzen zwischen beiden in einem Noch-Nicht-Parteienstaat wahrzunehmen und gleichzeitig aber auch die gegenseitige Durchdringung und Beeinflussung zu thematisieren. Zentral für diesen Abschnitt ist allerdings vor allem der Aspekt der Fraktionspolitik, dessen Ausgestaltung durch die jeweiligen dominierenden nationalen Fraktionen weitgehend das politische Verhältnis zwischen der Nationalität und dem Staat und dessen Machtelite in Wien definierte. Auch hier wird der Schwerpunkt (Kapitel C) auf den Jahren ab 1897 liegen, unter Einschluss allerdings der Kriegssession, als das österreichische Parlament unter stark gewandelten Bedingungen ein letztes Mal zusammentrat. Internationall wird die Frage zu stellen sein, inwieweit sich das sozial bedingte Spannungspotential innerhalb der jeweiligen politischen Gesellschaft auf die Fraktion auswirkte, in welchem Verhältnis soziale Desintegration zu nationaler Integration stand, differenziert natürlich nach den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen.

Im letzten Abschnitt IV bleiben wir einerseits in Wien, bei den Abgeordneten, spannen aber andererseits den Bogen wieder zurück ins Kronland, indem wir das Abgeordnetenkollektiv nicht nur als Handlungsfaktor im Parlament, sondern auch als Produkt innergesellschaftlicher Selektionsprozesse in Galizien selbst analysieren. Es geht hier somit zentral um den Aspekt der Elitenbildung. Da es sich im Falle der Abgeordneten um eine klar abgegrenzte sogenannte „Funktionselite“ handelt, ergeben sich sowohl Fragen nach der soziobiographischen Verfasstheit der Gruppe als politischer Elite im Verhältnis zur „non-elite“ als auch nach dem Verhältnis zwischen Biographie und politischem Handeln. Hier hat die moderne Methode der sozialwissenschaftlich ausgerichteten Kollektivbiographie das theoretische Rüstzeug geliefert. Entsprechend viele Tabellen werden hier dem Leser zugemutet, allerdings ohne Ausflüge in die höhere Statistik. Gleichzeitig soll ohnehin versucht werden, Kollektives mit Individuellem, Quantitatives mit Qualitativem zu verbinden, etwa wenn

am Einzelfall das Typische oder eben auch das Atypische von Parlamentarierbiographien herausgearbeitet wird.

Damit wären wir bei den methodischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit. Sie sind schon deshalb sehr vielfältig, weil der Untersuchungsgegenstand breit angelegt ist. Nicht unwesentlich erscheint im Nachhinein aber auch die Tatsache, dass während der Erarbeitung des Textes jener tiefgreifende Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft von der historischen Sozialwissenschaft zur historischen Kulturwissenschaft vonstatten gegangen ist. Die gerade erwähnte Kollektivbiographie ist noch durchaus ein Kind der ersteren Epoche. Ihre Blüte in den 1990er-Jahren erreichte sie in einem wissenschaftsgeschichtlichen Umfeld, das zum einen noch ohne große Bedenken mit synthetisierten Kollektiven operierte und zum anderen bereits mit großen (nicht immer erfüllten) Erwartungen auf die Hilfe des Computers bei der Verarbeitung größerer Datenmengen zurückgreifen konnte. SPSS, das auch hier verwendete statistische Programm, war der Code, der allemal Eindruck unter Kommilitonen machte. Mit der Verschiebung des zentralen Interessensbereichs der Historikerzunft hin zur modernen Kulturwissenschaft eröffneten sich Fragestellungen, die dann später auch in diesen Text einfließen: Fragen der politischen Symbolik, der politischen Kultur, der Sprache und Kommunikation sowie die Diskursanalyse. Jenseits dieses Paradigmenwechsel innerhalb der Geschichtswissenschaft spielte der systematisch-analytische Zugang der Politikwissenschaft zu politischen Phänomenen eine zentrale Rolle für die methodische Grundlegung dieser Studie. Der quer zur Chronologie angelegte systematische Blick auf Strukturen eröffnet einen breiten Raum fruchtbarer Fragestellungen, zu denen durchaus auch Vergleiche mit der heutigen politischen Gesellschaft gehören.

Nun noch ein Wort zu den Quellen. Auch hier ist zu bemerken, dass die Breite des Themas eine entsprechende Vielfalt an benutzten Quellenbeständen mit sich brachte. Über alle vier Abschnitte hinweg bedeutsam für die Erarbeitung dieses Textes war die zeitgenössische Presse, welche ein unerschöpfliches Reservoir für jede politische Geschichte der zweiten Hälfte des langen 19. Jahrhunderts darstellt. Man muss allerdings mit ihr umzugehen wissen, denn gerade die starke Bindung der Zeitungen an die Politik hat zur Folge, dass ein eindimensionales Verwenden dieser Quelle, etwa auf der Grundlage nur eines einzigen oder einer zu beschränkten Auswahl von Presseorganen, zu schwerwiegenden Verzerrungen und Fehldeutungen führen muss. Mehr denn heute war damals jede politische Information Interpretation. Unverzichtbar ist also zunächst die Kenntnis der politischen Orientierung des verwendeten Blatts und das Herbeiziehen anderer, konkurrierender Druckerzeugnisse. Nur unter diesen Voraussetzungen lässt sich quellenkritisch mit der Presse umgehen.

In besonderem Maße stützt sich der dem Parteiwesen gewidmete Abschnitt I auf die Presse, denn gerade die Partei vor dem Parteienstaat wurde zu einem wesentlichen Teil initiiert, konstruiert und konserviert durch das zugehörige Presseorgan. Gleichzeitig macht die Berücksichtigung der gegenparteilichen Zeitungen die jeweilige politisch-ideologische Position in einem mehrdimensionalen diskursiven Raum fassbar. Unter dem Aspekt der Quellenlage hat der niedrige Institutionalisierungsgrad der galizischen Parteien zur Folge, dass eigentliche Parteiarchive nicht existieren. Protokolle und Statuten, so überhaupt vorhanden, verstecken sich zumeist verstreut in den persönlichen Nachlässen der führenden Politiker, die hier zum Teil auch verarbeitet wurden. Bezüglich Archivmaterial sind außerdem jene Bestände der politischen Verwaltung zu nennen, die mit der Registrierung und

weiteren rechtlichen Abwicklung der Vereine zu tun haben. Soweit sich eine politische Partei auf einen Verein stützte, ließen sich hier die relevanten politischen Texte finden. Die Programme der Parteien waren jedoch in der Regel wiederum auch in der Presse zu finden, denn schließlich ging es bei einem Parteiprogramm ja gerade darum, politische Inhalte bekannt zu machen und damit teilzunehmen am Wettstreit der öffentlichen Meinungen. Für den Historiker stellt sich dann die Aufgabe, die Texte hinsichtlich ihres narrativen und logischen Aufbaus sowie ihrer Sprache und Begrifflichkeit zu interpretieren.

Auch Abschnitt II über die Wahlen baut auf der Fülle der Informationen auf, die sich in der zeitgenössischen Presse finden lassen. Gerade Wahlen versetzen das politische Leben in einen erhöhten Erregungszustand, der sich in den Zeitungen widerspiegelt. Manche von ihnen wurden überhaupt erst im Vorfeld von Wahlen gegründet, andere erhöhten ihre Erscheinungshäufigkeit. Hier lässt sich also viel an politischer Kultur ermessen und erspüren. Die Wahlorganisationen veröffentlichten nicht nur Wahlmanifeste und (zum Teil) Wahlabsprachen, sondern insbesondere auch die Listen der Kandidaten in dem eigenen Organ. Auf diese Weise lässt sich das „Personal“ des Wahlkampfes parteipolitisch zuordnen, eine unerlässliche Voraussetzung für eine quantitative und qualitative Analyse des Wahlprozesses. Das Wahlergebnis mit der Anzahl der Stimmen pro Kandidat findet sich ebenfalls in der Presse, wobei es sich allerdings bei der Veröffentlichung unmittelbar nach dem Urnengang noch nicht um das offizielle Resultat handelt. Soweit Korrekturen an der ursprünglichen Auszählung gemacht wurden, lassen sich diese in den von der Statistischen Zentralkommission veröffentlichten Ergebnissen der Reichsratswahlen nachvollziehen. Diese Publikation hat allerdings den Nachteil, dass die politische Zuordnung der Kandidaten nicht selten inkorrekt bzw. zu undifferenziert ist. Als wichtigste Archivquellen des Abschnitts II sind die in Lemberg aufbewahrten Bestände der polnischen Wahlorganisationen sowie Nachlässe maßgebender Mitglieder derselben zu nennen, welche gedruckte Reglemente, Instruktionen sowie persönliche Korrespondenz enthalten. Im Zusammenhang mit der Thematik Wahlmissbrauch/„Galizische Wahlen“ wurden außerdem die relevanten Akten des Justizministeriums eingesehen, die sich heute in Warschau befinden.

Die wichtigste Quelle für Abschnitt III, der sich mit Fraktionsbildung und Fraktionspolitik im Parlament beschäftigt, stellen die gedruckten Stenographischen Protokolle des Abgeordnetenhauses dar, in zweiter Linie auch diejenigen der für österreichisch-ungarische Belange (Außenpolitik, gemeinsame Finanzen) zuständigen Delegationen. Hier lässt sich sehr praxisnah historische Diskursanalyse betreiben, wenn man diese zunächst einmal sehr einfach als Versuch versteht, Aussagen in einen zeitlichen, örtlichen und funktionalen Kontext zu stellen.⁶⁾ Dieser Kontext wurde in unserem Fall durch das parlamentarische Forum gegeben, in dem bestimmte Regeln der Kommunikation (etwa die für die Galizier zu meist fremde deutsche Sprache), Formen der politischen Symbolik (etwa Zurufe, Beglückwünschungen, demonstrative Einsprengel in nicht-deutscher Sprache, aber auch Obstruktionsformen bis zum Singen von Liedern) sowie eine nicht zu unterschätzende, durch den räumlich konzentrierten politischen Prozess bedingte Eigendynamik zum Ausdruck kamen. Auch hier bringt die Berichterstattung der Zeitungskorrespondenten über die tro-

⁶⁾ Siehe Achim Landwehr, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse*, Tübingen 2001, hier S. 98.

ckene Wiedergabe in den Protokollen hinaus manche farbige Ergänzung. Was die Politik der Fraktionen selbst betrifft, so ist für den hier schwergewichtig behandelten Zeitraum (1897 bis 1914) festzustellen, dass keine Sitzungsprotokolle zur Verfügung stehen. Im Falle des mächtigen Polenklubs, der immerhin im Jahre 1901 ein eigenes Archiv einrichtete, sind die Protokolle lediglich bis 1891 und dann – mit Ausnahme kleiner Fragmente – erst wieder aus den Jahren 1917/18 überliefert.⁷⁾ Da gerade der Polenklub eine offene Informationspolitik betrieb, lassen sich allerdings auch hier die wesentlichen Linien dank der Presse nachvollziehen. In der späteren Zeit, als man vermehrt geschlossene Sitzungen durchführte, kam es öfters zu Indiskretionen, durch die entscheidende Informationen – meist übrigens über die Wiener Presse – dann doch an die Öffentlichkeit gelangten.

Abschnitt IV, die Kollektivbiographie der Abgeordneten, basiert quellenmäßig auf personenbezogenen Einzelinformationen, die zu einem wichtigen Teil mit Hilfe von Biographien, biographischen Nachschlagewerken und Nachrufen gewonnen wurden. Die verbleibenden Informationslücken konnten zum Teil dank zeitgenössischer gedruckter Werke geschlossen werden, etwa anhand von Schematismen zur Erfassung politischer Ämter oder dank publizierter Schulberichte, welche den schulischen Werdegang rekonstruieren halfen. Wichtiger waren allerdings Archivmaterialien, von denen hier einige genannt seien: Geburts- und Trauungsmatrikeln, Taufbücher, Totenbeschauprotokolle (zur Eruierung bzw. Bestätigung der Lebensdaten, aber auch der Konfession), Studenten- und Schülerkataloge (vor allem für den Beruf des Vaters und die Konfession), im weiteren Nobilitierungsakten (mit wichtigen Informationen zum Lebensweg), Qualifikationslisten („Conduite-Listen“) für Offiziere, Personalstandsausweise, Pensionsakten und Dienstabellen (im Falle von Beamten), dann natürlich auch die persönlichen Nachlässe, die für einige Parlamentarier vorhanden sind und abgesehen von der laufenden politischen Tätigkeit zuweilen auch kollektivbiographisch verwertbare Einzelinformationen enthalten. Eine besonders ergiebige Quelle stellten die im Parlamentsarchiv aufbewahrten Fragebogen dar, welche nach zwei Hauptwahlen, 1897 und 1907, von den Abgeordneten ausgefüllt worden waren. Zu den dort eingeforderten Informationen gehörten neben Name, Parteistellung und Geburtstag/-ort auch die Rubrik öffentliche Ämter sowie die eigenhändige Darstellung des Lebenslaufs.⁸⁾

Es kann hier der Anspruch erhoben werden, dass der Großteil der eben genannten Quellen bisher noch nie eingesehen oder zumindest nicht im hier gegebenen Kontext verwertet wurden. Dieses Faktum rechtfertigt nun allerdings noch keine 750 Seiten. Es bleibt vielmehr die Frage der Relevanz des Themas. Wer sich heute in einem westlichen Land ei-

⁷⁾ Dieser Befund ergibt sich aus eigener Erfahrung, aber auch aus einer Zusammenstellung, die ich von dem leider verstorbenen Historikerkollegen Zbigniew Fras erhalten habe: *Zestawienie protokołów Koła Polskiego w Parlamencie Wiedeńskim znajdujących się w zbiorach lwowskich i krakowskich, lata 1861–1918* [Zusammenstellung der Protokolle des Polenklubs im Wiener Parlament, welche sich in den Lemberger und Krakauer Sammlungen finden, Jahre 1861–1918], unpublizierte Dokumentation, Wrocław 1998.

⁸⁾ Eine ausführliche Darstellung der Typen von Quellen und ihrer Lokalisierung findet sich in meiner Dissertation, auf welche dieses Buch vorwiegend in struktureller Hinsicht zurückgeht: *Harald Binder, Polen, Ruthenen, Juden. Politik und Politiker in Galizien*, 2 Bde., phil. Diss., Bern–Wien 1997, hier 2. Bd., S. 1–25.

nem Nicht-Fachpublikum als Spezialist für die Geschichte Galiziens zu erkennen gibt, wird zunächst einmal in der Regel Erstaunen auslösen. Vorausgesetzt, dass der Gesprächspartner dabei nicht an einen Spanienurlaub denkt, wird er in der Regel die Meinung vertreten, dass dies schon ein sehr spezielles Thema sei, geeignet vielleicht für einen kleinen Kreis interessierter Personen. In Österreich wird man nicht selten auf gewisse familiengeschichtliche Reminiszenzen stoßen, etwa den Großvater, der noch in Galizien gedient hatte. Aber auch hier: Würde man sich als Historiker des Weinviertels oder der Textilindustrie Oberösterreichs zu erkennen geben, geriete man wohl weit weniger in die Gefahr, jenes in der Öffentlichkeit kursierende Bild des Historikers als eines in der Vergangenheit wühlenden Spezialisten zu bestätigen. Galizien, immerhin (wie schon erwähnt) das größte Kronland der alten Monarchie, ist weitgehend entrückt aus den Köpfen der Zeitgenossen. Verwunderlich ist dies andererseits auch wieder nicht, gehört es doch zu jenen politischen Gebilden, welche die Turbulenzen des 20. Jahrhunderts nicht überlebt haben und daher außerhalb der Feuilletons keine Präsenz in den Medien beanspruchen können.

Bezieht man sich nun allerdings gerade auf denjenigen kleinen Teil der Bevölkerung, der tatsächlich die Feuilletons der Tageszeitungen liest, so muss man das eben entworfene Bild doch auch wieder korrigieren. Grundlegend erscheint dabei der Hinweis auf die gewandelten Umstände nach der Großen Wende von 1989–1991. Galizien erlebt derzeit tatsächlich eine gewisse Renaissance, wobei auch innerhalb derjenigen Gesellschaftskreise, die überhaupt Zugang finden zu einem derartigen Thema, sicherlich verschiedene Interessensfelder vorhanden sind. Am stärksten wirkt wohl nach wie vor jenes Bild, das Galizien in erster Linie als literarisch-kulturelle Landschaft entwirft. Zunächst waren es die deutsch-jüdischen Autoren, allen voran Joseph Roth, aber auch Manès Sperber und Karl Emil Franzos, deren verstärkte Rezeption einerseits das enorm gestiegene Interesse am Judentum reflektierte, andererseits aber der Bildung eines „Mythos Galizien“ Vorschub leistete.⁹⁾ Heute sind es nun auch nicht-deutschsprachige Zeitgenossen wie der Pole Andrzej Stasiuk („Galizische Erzählungen“) oder der Ukrainer Jurii Andruchovyč, die ihren Weg in deutsche Verlage finden. Sie entwerfen eine wiederum sehr eigenartige, lokal geprägte poetische Welt, die durchaus, explizit oder implizit, kulturelle Bezüge zu Galizien aufweist. Hinzu kommen zahlreiche Fernsehsendungen über Galizien, Lemberg, die Bukowina (die meist großzügig „galiziert“ wird, zumal damit Paul Celan inkorporiert werden kann). Und auch diese Bilder sind dunkel, düster, melancholisch: umgefallene jüdische Grabsteine, alte erzählende Menschen in unverständlicher Sprache, desolate Städte und zerbrochene Industrieanlagen. Galizien ist keine fröhliche Landschaft, das war es nie und wird es nach den Schrecken des 20. Jahrhunderts auch nie werden.

Hier geht es nun allerdings primär um Galizien als politisch-soziales Gebilde, und dieser Aspekt blieb denn doch größtenteils den Fachhistorikern vorbehalten. Deren Zahl ist seit einigen Jahren im stetigen Wachsen begriffen. Wer ein galizienbezogenes Thema bearbeiten wollte, hatte nun mit der Öffnung der politischen Grenzen und der Archive die große

⁹⁾ Kerstin S. Jobst, *Der Mythos des Miteinander. Galizien in Literatur und Geschichte* (Die Ostreihe, NF 8), Hamburg 1998; Dietlind Hüchtker, *Der ‚Mythos Galizien‘. Versuch einer Historisierung*, in: *Nationalisierungen von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen*, hrg. von Michael G. Müller und Rolf Petri (=Tagungen des Herder-Instituts zur Ostmitteleuropa-Forschung, 16), Marburg 2002, S. 81–107.

Chance, jenes komplexe und deshalb so faszinierende Gebilde näher, quellennäher zu erforschen. Zusätzlich motivierend war der gesamtpolitische Kontext im aufbrechenden Ost- und Ostmitteleuropa: neuer Nationalismus, ethnische Kriege, Migrationswellen. Galizien erwachte als historischer Raum, in dem sich die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zwar keinesfalls harmonisch gestalteten, wo aber immerhin Zusammenleben möglich, teilweise sogar fruchtbar war und nationale Antagonismen politisch in Schach gehalten werden konnten. Das Stigma, zu den Abfallprodukten der Geschichte zu gehören, geriet angesichts des neuen Interesses an Multikulturalität in den Hintergrund. In Österreich entdeckten zudem auch Politik und Kultur Galizien wieder als Teil des eigenen Erbes im Osten, insbesondere seitdem mit der anvisierten Erweiterung der Europäischen Union auch ein politischer Legitimationszusammenhang konstruiert werden konnte. Dass gerade mit dieser Erweiterung das ehemalige Kronland entlang seiner alten ethnischen Grenze (die 1945 eine politische wurde) gewissermaßen erneut geteilt wird, gerät kaum ins Bewusstsein. Bei aller nicht selten romantisierenden Mitteleuropa-Euphorie bleibt auch weitgehend ausgeblendet, dass das tatsächliche, historische Verhältnis zwischen Galizien und Wien keinesfalls auf Liebe und positivem Interesse gebaut war, sondern seine Prägung durch Kontrolle und Herrschaft, dann politischen Pragmatismus und schließlich nationalistische Stereotypen erhalten hatte.

Wie sieht nun Galizien und das Verhältnis Galiziens zu Wien aus der Perspektive derjenigen Länder aus, welche das Territorium heute beanspruchen? Dazu gibt es eine polnische und eine ukrainische Geschichte, die typischerweise zunächst jeweils sehr unterschiedlich verliefen, heute aber interessanterweise einander wieder näher kommen. Grundsätzlich gilt, dass die beiden Nationalgesellschaften des späten 19. Jahrhunderts schon auf der Definitionsebene zwei unterschiedliche Narrative über Galizien kannten. Die ruthenische Seite identifizierte mit diesem Begriff ein ur-ruthenisches Territorium, nämlich jenes Fürstentum Halyč, dessen Hauptstadt im Jahre 1264 nach Lemberg verlegt worden war. Die politischen Exponenten der Ruthenen zur Zeit der Blüte der Nationalbewegung sahen die Adoption des Namens durch Österreich als politischen Missbrauch oder waren zumindest bemüht, jenen historischen Konnex in Erinnerung zu rufen, der ihnen nach ihrer Meinung das Recht gab, von dem mehrheitlich ruthenisch bevölkerten Ostteil der Provinz als dem „eigentlichen Galizien“ zu sprechen. Besonders aktuell wurde dieser Diskurs stets in den Kontroversen um den verfassungspolitischen Status des Kronlands. Noch heute muss man, wenn man in Lemberg über Galizien spricht, erklären, welches Galizien man denn nun meine: das ruthenische (ukrainische) oder das österreichische.

Einer solchen Erklärung bedarf es in Krakau nicht. Was nach ukrainischer Diktion das „eigentliche Galizien“, also Ostgalizien, war, galt in polnischer historischer Sicht als Teil des zum polnisch-litauischen Großreich gehörenden Rotreußen (*Czerwona Rus*). In Krakau kann also mit Galizien nur jene österreichische Provinz gemeint sein, die im Jahre 1918 zwar nicht aus der Vorstellungswelt und der Alltagssprache, aber doch von der politisch-administrativen Landkarte verschwand. Aufgrund seiner Identifizierung mit der Epoche der Teilungen nahm im polnischen Verständnis Galizien nicht jenen positiven Platz ein, der ihm im ukrainischen Diskurs grundsätzlich sicher ist. Bezogen auf das späte 19. Jahrhundert erscheint dies insofern paradox, als die polnische politische Erfahrung im österreichischen Galizien wesentlich positiver war als die ukrainische. Gerade die Polen hatten seit der Erringung ihrer nationalkulturellen Eigenständigkeit das zunächst als Pro-

dukt eines historischen Unrechts ungeliebte Galizien umdefiniert als autochthon polnisches Land. Gerade um jenem ukrainischen Diskurs von dem „eigentlichen Galizien“ im Osten eine eigene Interpretation entgegenzuhalten, galt es nämlich, das österreichische Kronland als unverbrüchliche Einheit im Rahmen der historisch-politischen Individualitäten der Monarchie zu deklarieren.

Mit dem Aufkommen des modernen Nationalismus und den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs wurde jenes vor allem von den Konservativen geprägte positive Bild Galiziens dann allerdings erschüttert, noch bevor der wiedererrichtete polnische Staat seine eigenen legitimatorischen Muster kreierte. Im Bemühen, sich als Nationalstaat in der Staatengemeinschaft zu etablieren, musste sowohl der Regionalismus Südpolens in Frage gestellt werden als auch und vor allem die unmittelbare Vergangenheit als negative Folie, als Zeit der Unfreiheit, dienen. Galizien wurde zum „gewesenen Galizien“ (była Galicja), das alte Territorium, um dessen Bewahrung als Einheit man so gekämpft hatte, nun unter der Gewissheit eigener staatlicher Kontrolle unterteilt in zwei administrative Einheiten. Umgekehrt sahen sich die Ukrainer, denen ein eigener Staat versagt blieb und deren Elite zu einem großen Teil ins Exil ging, auf die Historie zurückgeworfen, auf „ihr“ Galizien, aber auch auf das österreichische, unter dem dann doch vergleichsweise freiheitlichere Bedingungen geherrscht hatten als unter dem neuerrichteten polnischen Nationalstaat.

Während der kommunistischen Ära erlebten die beiden Nachfolgestaaten auf dem Territorium des ehemaligen Galiziens, also das im Rahmen der politischen Realitäten des Ostblocks relativ „freiheitliche“ Volkspolen und die in das Zwangssystem der Sowjetunion inkorporierte Ukraine, unterschiedliche Entwicklungen, die sich auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Galizien niederschlugen. In Polen bestand der geistig-kulturelle Freiraum, sich der ehemaligen österreichischen Provinz nun auf wissenschaftlichem Gebiet wieder anzunähern. So entstanden viele Arbeiten, und zwar keineswegs nur über die ideologiekonforme Sozial- und Wirtschaftsverfassung oder über die Arbeiterbewegung, sondern auch über rechts-, politik-, kultur- und ideen- geschichtliche Aspekte. Sieht man einmal von dem Einfluss der Annales-Schule ab, wurden theoriegeleitete Methoden aus dem Westen kaum rezipiert. Arbeiten zur politischen Geschichte Galiziens im Speziellen blieben weitestgehend einem positivistisch-narrativen Schema verhaftet. Ungleich schwieriger gestaltete sich allerdings die Situation in der Ukraine, wo es vor allem nordamerikanischen Wissenschaftlern mit ukrainischen Wurzeln vorbehalten war, das Interesse an Galizien unter ukrainischer Perspektive wach zu halten.

Nach der Großen Wende stellt sich die Situation erneut anders dar. Nun hat Nostalgie wieder eine Chance, aber auch Erinnerungen an eine hier angeblich traditionsreichere Zugehörigkeit zum Westen, die nun also – im Falle Polens – erneut auch auf staatlicher Ebene wiederhergestellt werden soll. Eine Chance hat vor allem auch wieder der Regionalismus: Galizien wird in erster Linie in der Westukraine, aber auch in Südpolen zur positiven Chiffre für eine Andersartigkeit gegenüber den jeweiligen Zentren, Kiew bzw. Warschau. In beiden Teilen des ehemaligen österreichischen Kronlands lässt sich am national-konservativeren (antikommunistischen) Wahlverhalten die jeweilige regionale Identität und politische Kultur festmachen: ein Zeichen erstaunlicher Langlebigkeit des historischen Erbes der Habsburgermonarchie. Politische Sprengkraft besitzt der Regionalismus allerdings nur in der Ukraine, in jenem so stark zwischen West- und Ostorientierung zerrissenen Land. Hier geht der antirussisch bzw. anti-ostukrainisch inspirierte Regionalismus mittlerweile

sogar so weit, dass geistiger Boden geschaffen wird für eine romantisch-utopische Vision einer „unabhängigen Republik Galizien“¹⁰⁾.

Das ist die eine, wenn man so will positive Seite der Entwicklung. Auf der anderen Seite aber hat sich in der postsowjetischen Zeit eine stark national gefärbte Geschichtsschreibung breit gemacht, wobei dieser Wandel vom einen (sowjetisch-marxistischen) zum anderen (nationalistischen) Paradigma bis in die Biographien der Wissenschaftler nachvollziehbar ist. Das gilt nun wieder insbesondere für die Ukraine, kaum für Polen. Unzweifelhaft braucht der junge ukrainische Staat seine Nationalgeschichte, um seine Legitimität zu untermauern. Dabei sind es wieder die Westukraine und Lemberg, die hier die Vorreiterrolle spielen. Identitätsstiftung gegen außen heißt nun in erster Linie Abgrenzung gegenüber Russland, während der ehemalige innergalizische Feind Nummer eins, Polen, nun seinem problematischen Nachbarn im Osten einen Weg zu bahnen scheint in die westliche Gemeinschaft – dorthin also, wo man (bzw. die westukrainische Intelligencja) sich gerade in Anbetracht der österreichischen Vergangenheit ohnehin zugehörig fühlt. Freuen kann man sich als Historiker zwar durchaus, wenn der eigenen Kaste so viel gesellschaftliche Bedeutung zugemessen wird; für eine Beschäftigung mit der eigenen Geschichte *sine ira et studio* und für eine gegenüber der internationalen wissenschaftlichen Gemeinde offene Auswahl von Themen und Methoden sind eine solche Leitfunktion und ein zu starkes inneres Triebmoment allerdings nicht selten hinderlich.

An diese Feststellung lässt sich nun direkt jene Leitidee anschließen, welche dieser Arbeit zugrunde liegt. Auch in der neueren Forschung wird nämlich Galizien sowohl in Polen und der Ukraine als auch in den „westlichen“ Ländern fast durchwegs unter dem Aspekt der Nationalgeschichte behandelt. Ohne dass mit einem solchen Ansatz unbedingt eine nationalistische Verengung verbunden wäre, ist alleine durch die Zugangsweise und übergeordnete Fragestellung doch die Perspektive vorgegeben. Um bei dem hier relevanten Teilbereich, der politischen Geschichte, zu bleiben: Es gibt Studien über die polnische Nationaldemokratische Partei und es gibt solche über die ruthenische (ukrainische) Nationaldemokratische Partei. Es gibt eine Studie über die ukrainische Fraktion im galizischen Landtag und über die Polen im Wiener Reichsrat. Es gibt ein Buch über die Russophilen, eine neuere Dissertation über die Ukrainophilen und eine weitere neue Dissertation über den Jüdischen Nationalismus in Galizien. So berechtigt derartige Eingrenzungen vom forschungspraktischen Gesichtspunkt her sind: immer wird dabei das andere (also das „Polnische“ bzw. „Ukrainische“ bzw. „Jüdische“) zwar thematisiert, zwangsläufig jedoch als exogener Faktor, nicht als ein integrierter Bestandteil des Ganzen. Nur ganz wenige Arbeiten sind übergreifend angelegt, etwa dann, wenn es sich von der Thematik anbietet (die Sozialdemokratie, welche zunächst tatsächlich nationsübergreifend war) oder wenn eine verbindende soziale Schicht Vergleichsstudien sinnvoll macht (Bauerntum).¹¹⁾

¹⁰⁾ Siehe Andrei Kurkow, Galizien ist anders, in: Neue Zürcher Zeitung 10. 5. 2003. Der Artikel ist typisch für die ukrainische (ostgalizische) Definition von Galizien, obwohl auch Elemente des österreichischen Gesamtgaliziens hineingemischt werden.

¹¹⁾ Es soll diese Einleitung nicht dazu dienen, einen eigentlichen Forschungsbericht mit der entsprechenden Fülle von Buchtiteln zu erstellen. Literaturverweise finden sich vielmehr konzentriert in den vier Hauptteilen der Arbeit.

Dieses Buch setzt sich nun zum Ziel, auf einer breiteren Basis Galizien als Untersuchungseinheit zu thematisieren. Ein solcher Zugang ist durchaus nicht konstruiert, sondern liegt in den historischen Realitäten begründet. Schließlich bedingte die in der Dezemberverfassung von 1867 festgeschriebene föderalistische Struktur Cisleithaniens, dass die Kronländer stark ausgebildete politische Entitäten waren – trotz aller ethnisch begründeten Verwerfungen oder gar Dualismen wie im Falle Galiziens. Ein ganzheitlicher Blick auf das Kronland impliziert nun natürlich nicht, dass hier über die Nationalität als konstituierende Größe hinweggesehen werden sollte. Würde man die Nationalität ignorieren, wäre man im späten 19. Jahrhundert in der Tat wissenschaftlich auf dem Holzweg. Die Orientierung an der Nationalität als Konstrukt war zumal für die späteren Jahre absolut konstitutiv, wenn auch das Zeichnen nationaler Trennlinien keineswegs bedeutet, dass nicht im Bereich der kulturellen Identität Vermischung, Pluralität und Vieldeutigkeit herrschten. Es ist ja im Allgemeinen so, dass die Politik viel mehr nach Ausschließlichkeit, nach scharfen Trennlinien verlangt als die auf kulturellem Selbstverständnis beruhende individuelle (oder auch kollektive) Identität. Trotz der unabdingbaren Berücksichtigung der Nationalität als Kategorie der Analyse und Darstellung wird im Rahmen dieser Arbeit dennoch stets versucht, die Gemeinsamkeiten, das „Galizische“, mitzureflekieren und eben nicht das eine oder andere als nur exogen zu betrachten.

Die jeweils einleitenden Bemerkungen zu den vier Abschnitten (A) sowie die Zusammenfassungen (D) sollen in besonderem Maße dazu verwendet werden, einerseits Vergleiche zwischen den jeweiligen politischen Formationen (Parteien, Fraktionen, kollektivbiographische Profile etc.) der verschiedenen Nationalitäten anzustellen und andererseits die gemeinsame historisch-politische Bedingtheit in jenem „System Galizien“ wie auch die zahlreichen Phänomene wechselseitiger Beeinflussung und Verflechtung plastisch werden zu lassen. Damit befindet sich diese Studie im Trend der neuesten Forschung zur Geschichte der Habsburgermonarchie, welche, sei es bei der Individualbiographie oder sei es am Beispiel einer einzelnen Stadt, die bisherige Dominanz nationalgeschichtlicher Interpretationen in Frage stellt.¹²⁾ In einem weiteren Rahmen soll darüber hinaus jenes von Jürgen Kocka nachdrücklich bezeichnete Potenzial einer transnational orientierten Geschichtsschreibung Ostmitteleuropas, welches gerade einerseits im Vergleich und andererseits in der Verflechtung liegt, hier nutzbar gemacht werden.¹³⁾

¹²⁾ Ian Reifowitz, *Imagining an Austrian Nation, Joseph Samuel Bloch and the Search for a Supraethnic Austrian Identity 1846–1918*, New York 2003; Jeremy King, *Budweisers into Czechs and Germans: A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948*, Princeton 2002.

¹³⁾ Jürgen Kocka, *Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 49 (2000), S. 159–174, hier 170–174.